

Stand 13.04.2023

Entwurf

1 Leitantrag für den Landesparteitag am 3. Juni 2023

2

3 **Land. Leben. Zukunft**

4 **Leitlinien der LINKEN für die Kommunalwahlen 2024**

5

6 2024 finden in Sachsen-Anhalt zwei wichtige Wahlen statt. Die Bürgerinnen und Bürger  
7 haben die Möglichkeit sowohl bei den Wahlen zum Europaparlament als auch bei den  
8 Kommunalwahlen ihre Stimme abzugeben und damit mitzuentcheiden.

9

10 Kommunalpolitik ist eine Frage der Nähe: nah am Menschen, nah am Leben. Vieles, was  
11 einen funktionierenden Alltag ausmacht, wird hier geregelt: die Erreichbarkeit der Schule  
12 und des Supermarktes, beheizte Wohnungen und Schwimmbäder, offene Rathäuser und  
13 Turnhallen. Beschäftigte der Kommune betreuen Kinder, pflegen Kranke, entsorgen den  
14 Müll. Über „Systemrelevantes“ wird also entschieden in unseren Rathäusern, in unseren  
15 Kreis-, Gemeinde- und Ortschaftsräten.

16

17 Die Wahlen finden in Zeiten multipler Krisen statt. Wir erleben die Klimakrise, eine  
18 Energiekrise mit ihren unsozialen Folgen und auch die Nachwirkungen der Pandemie sind  
19 noch nicht überwunden. Unter den steigenden Kosten auf Grund der Inflation und des  
20 Fachkräftemangels leiden nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die  
21 Kommunen. Diese Wahlen werden überschattet vom imperialistischen Angriffskrieg  
22 Russlands gegen die Ukraine, deren Folgen auch im kommenden Jahr noch präsent sein  
23 werden.

24

25 Gesellschaftliche Strukturen, demokratische Mitbestimmung und sicher geglaubte  
26 Perspektiven werden in Frage gestellt. Die kommunale Selbstverwaltung ist auf Grund der  
27 Vielzahl von zusätzlichen Aufgaben und steigenden Ausgaben nur noch bedingt  
28 gewährleistet. Wir brauchen aber handlungsfähige Kommunen, deshalb bleibt unsere  
29 Forderung: Die Krisengewinnler müssen zahlen! Unsere Forderungen zur Umverteilung von  
30 Reichtum sind nach wie vor aktuell: eine Vermögenssteuer, eine Vermögensabgabe, die  
31 Übergewinnsteuer in Krisenzeiten, die Deckelung von Energie- und Lebenshaltungskosten,  
32 die öffentliche Kontrolle der Preise, die Stärkung von Bus und Bahn.

33

34 Neben den regionalen Unterschieden der Kommunen gibt es grundsätzliche Ziele LINKER  
35 Politik: Wir wollen Zusammenhalt stärken, soziale Ungleichheit zurückdrängen und  
36 marktfreie Räume verteidigen. Der Klimaschutz und die Energiewende sind drängende  
37 Herausforderungen unserer Zeit. Wir setzen uns für eine klimaneutrale Entwicklung unserer  
38 Kommunen ein, deren Kosten gemeinschaftlich getragen und sozial ausgewogen verteilt  
39 werden. Als antifaschistische Kraft tritt DIE LINKE Rechtsextremismus und Rassismus  
40 entgegen. Wir reichen den Menschen aus kriegszerbombten Städten wie Mariupol und  
41 Aleppo unsere Hand. In Zeiten verschärfter Konkurrenz gilt für DIE LINKE:  
42 Gesellschaftlichen Reichtum gerecht umverteilen, statt arm gegen arm auszuspielen.

43

44 **Die LINKE will eine zukunftsfeste öffentliche Daseinsvorsorge**

45

46 DIE LINKE ist die Partei der öffentlichen Verantwortung. Was alle brauchen, muss öffentlich  
47 zugänglich sein. Wir nennen das Daseinsvorsorge. Zu Hause ist mehr als eine Wohnung  
48 oder ein Haus. Ein Zuhause muss bezahlbar sein, es braucht Strom, Internet, Wärme und  
49 Wasser, Bus und Bahn, Kita und Schulen, Theater und Bibliotheken, Krankenhäuser,  
50 Arztpraxen und Apotheken. All das und viel mehr macht attraktive Lebensbedingungen aus.

51 Der Schlüssel dafür ist für uns als LINKE, dass alles, was dafür gebraucht wird, in  
52 öffentlicher Hand ist. Und es muss idealerweise barrierefrei erreichbar sein, auf dem Land  
53 und in der Stadt. Nur so hat Land. Leben. Zukunft.

54

55 Wir sagen: Was alle zum Leben brauchen, darf nicht dem Profitstreben Einzelner  
56 unterliegen, sondern muss demokratisch kontrolliert und durch alle mitbestimmt werden.  
57 Die öffentliche Daseinsvorsorge soll deshalb in der öffentlichen Hand verbleiben oder  
58 dorthin zurückgeholt werden.

59

60 Herzstück für uns sind optimal finanzierte Krankenhäuser in öffentlicher Hand, ein  
61 landesweiter Klinikverbund und eine flächendeckende Präsenz von Haus- und  
62 Fachärztinnen und -Ärzten. Und: LINKE sind auch kommunalpolitisch offen für Neues.  
63 Digitalisierung, Telemedizin und Künstliche Intelligenz helfen heute schon dort, wo sie auf  
64 offene Kommunen treffen, Mängel der medizinischen Versorgung und Pflege zu dämpfen.

65

66 Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist für uns zentral, damit Energie bezahlbar, sicher  
67 und klimagerecht verfügbar wird. Unsere kommunalpolitische Erfahrung ist, dass die  
68 Akzeptanz vor Ort steigt, wenn die Menschen vom Ausbau profitieren und nicht noch mit  
69 höheren Stromkosten belastet werden. Deshalb ist für uns klar: Wir überlassen die  
70 Stromproduktion nicht privaten Konzernen, sondern stärken unsere kommunalen  
71 Stadtwerke und unterstützen sie dabei, Strom selbst zu produzieren. Energienetze müssen  
72 in öffentliche Hand zurückgeführt werden. Profitgetriebene Energiekonzerne wollen wir  
73 rekommunalisieren.

74

75 Um auch zukünftig wichtige Bereiche wie Schule, Kita, Gesundheit, Pflege und Mobilität  
76 anbieten zu können, braucht es Fachkräfte, die in Sachsen-Anhalts Kommunen gut und  
77 gerne leben können. Und es braucht gute Kommunalpolitik, die darauf einen Fokus setzt.  
78 DIE LINKE wird dies tun.

79

80 DIE LINKE setzt sich für eine nachhaltige Stadt- und Gemeindeentwicklung ein, in dem sie  
81 bei jeder Investitionsentscheidung, egal ob Strukturwandelprojekte, Industrie- oder  
82 Gewerbeansiedlung oder Ausweitung von Wind- oder Solarenergieanlagen, ob Ausweisung  
83 neuer Wohnsiedlungen oder großflächiger Verkaufsflächen die langfristigen Auswirkungen  
84 auf Mensch und Umwelt hinterfragt und dabei den sozialökologischen Aspekt in den  
85 Vordergrund stellt. Wir setzen uns ein für klimaangepasste Stadt- und  
86 Gemeindeentwicklungen damit unsere Kommunen auf die Herausforderungen des  
87 Klimawandels besser vorbereitet sind. Wertvolles Ackerland soll nicht zugunsten von  
88 Wohnanlagen oder zur industriellen Nutzung versiegelt werden. Unsere Böden sind eine  
89 wichtige Wertanlage für die Zukunft.

90

### 91 **DIE LINKE will barrierefreie Mobilität für alle – überall**

92

93 Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am öffentlichen Leben. Nicht nur  
94 dafür braucht es einen gut ausgebauten und verzahnten öffentlichen Nahverkehr, sondern  
95 auch als wichtigen Baustein zur Bewältigung der Klimakrise und für Klimagerechtigkeit.  
96 Dabei muss er auch (für alle) bezahlbar sein. Wir arbeiten daran, die bestehende  
97 Alternativlosigkeit des Autos (motorisierten Individualverkehrs), insbesondere in den  
98 ländlichen Regionen zu beseitigen, aber nicht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger und  
99 nicht durch Einschränkungen der Mobilität.

100

101 Deshalb gehören die Stärkung des Umweltverbundes und der Ausbau des Geh- und  
102 Radwegenetzes zur Agenda linker Kommunalpolitik. Das 49-Euro-Ticket ist eine

103 Vergünstigung gegenüber dem vorherigen Status quo, aber eben nur für diejenigen, die  
104 sich das leisten können.

105

106 Es braucht die Einführung eines 365-Euro-Tickets mit kostenfreien Tickets für  
107 Schüler:innen, Studierende und Menschen, die Sozialleistungen erhalten sowie eine zügige  
108 Umstellung auf einen fahrscheinlosen ÖPNV in Deutschland, bezahlt durch gerechte  
109 Steuern für die Reichsten und den Abbau klimaschädlicher Subventionen. Um weiße  
110 Flecken im ÖPNV im ländlichen Raum auszufüllen stehen wir dem autonomen Fahren offen  
111 gegenüber. Modellprojekte wollen wir unterstützen und evaluieren.

112

### 113 **DIE LINKE will mehr soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt**

114

115 DIE LINKE thematisiert auf allen Ebenen die immer mehr zunehmende Polarisierung in Arm  
116 und Reich in unserer Gesellschaft. Ein Etikettenschwindel von Hartz IV in Bürgergeld allein  
117 ist seitens der Politik deutlich zu wenig. Ein Fünftel der Kinder in unseren Städten und  
118 Dörfern sind arm. Die Inflation und die steigenden Energie- und Heizkosten verschärfen die  
119 Armut, gerade auch von Rentner:innen. Diese Probleme können nicht auf kommunaler  
120 Ebene behoben werden, aber wir können in den Kommunen Einfluss nehmen, wie der  
121 Zugang zu staatlichen Hilfen gestaltet wird, wie Bildungsangebote wirken, wie Vereine und  
122 Verbände arbeiten. Das betrifft auch den solidarischen Umgang mit allen Flüchtlingen.

123

124 Kommunale Räte finden unterschiedliche Bedingungen und Probleme vor: In den großen  
125 Städten konzentriert sich Armut, die Mittelstädte und das Land verlieren hingegen an  
126 Infrastruktur. Auch in ostdeutschen Städten und Gemeinden steigen Mieten und immer  
127 deutlicher trennen sich teure von armen Wohngebieten ab. Kommunales Eigentum und  
128 Wohnungsgenossenschaften sind entscheidende Steuerinstrumente für Zusammenhalt  
129 und soziale Durchmischung der Quartiere. Der Bestand kommunaler Wohnungen und  
130 kommunale Wohnungsunternehmen sowie Wohnungsgenossenschaften müssen  
131 geschützt werden.

132

133 Immer mehr Menschen leben allein, nicht nur im hohen Alter. Wir brauchen mehr und neue  
134 Möglichkeiten der Begegnung für Alt und Jung, für Alleinerziehende, für Kinder und  
135 Familien, für Senior:innen und ärmere Menschen. Leben und Arbeiten müssen wieder  
136 enger zusammenrücken. In ganz Sachsen-Anhalt existiert nur noch ein großes Warenhaus,  
137 wir brauchen eine Neubelebung von verödeten Innenstädten und Dorfkernen. Wir wollen  
138 multifunktionale Begegnungsstätten erproben, die Beratungsmöglichkeiten, Ausleihen,  
139 Reparaturwerkstätten und Gesprächsräume vereinen. Nicht jeder Haushalt muss einen  
140 Drucker oder Werkzeug besitzen. Dorfläden sind oft nicht konkurrenzfähig gegen die  
141 „grüne Wiese“, deshalb brauchen sie Förderung als gemeinschaftliche Halte- und  
142 Begegnungspunkte. Jugendliche brauchen Freiräume und eigene Begegnungsstätten. Wir  
143 setzen uns auf kommunaler Ebene für den Erhalt soziokultureller Zentren ein und  
144 unterstützen die Schaffung neuer Orte zur selbstbestimmten Gestaltung.

145

146 Sicherheit beginnt für uns nicht mit Videoüberwachung, sondern mit Chancengleichheit,  
147 Zusammenhalt und Gesundheitsschutz. Wir wollen Klimaschutzkonzepte in allen  
148 Kommunen. Diese sind relevant für alle gesellschaftlichen Bereiche, zentral für den Schutz  
149 gegen Dürre, Überschwemmungen und andere Extremwetter. Mehr Verschattung und der  
150 Erhalt sowie Neuanpflanzung von Bäumen, Grünflächen und Waldgebieten als Hitzeschutz,  
151 CO-Speicher und Augenfreude hat oberste Priorität.

152

153 Vor allem der Fachkräftemangel erschwert die Erfüllung kommunaler Aufgaben und wird  
154 durch die Zunahme von Aufgaben, die von der Kommune übernommen werden müssen,

155 verstärkt. DIE LINKE ist sich daher bewusst, dass neben dem Lohn und den  
156 Arbeitsbedingungen auch die kommunale Finanzausstattung verbessert werden muss.

157

### 158 **DIE LINKE will Bildung, die ankommt**

159

160 DIE LINKE ist die Partei, die sich für den Erhalt eines ortsnahen und flächendeckenden  
161 Schulnetzes einsetzt. Die Versuche der Landesregierung, den zunehmenden  
162 Lehrer:innenmangel zu bewältigen, scheitern an unzureichenden und halbherzigen  
163 Lösungsvorschlägen. Die Kinder brauchen in unseren Dörfern und Städten eine Zukunft,  
164 dafür braucht es Investitionen in Schulen und Kitas. Deshalb will DIE LINKE, dass  
165 Standortentscheidungen nicht nach Einspareffekten, sondern im Interesse bestmöglicher  
166 Ausbildungsbedingungen aller Schüler: innen, Auszubildenden und Studierenden getroffen  
167 werden.

168

169 Die Digitalisierung der Schulen ist zudem keine kurzfristige Maßnahme, sondern eine  
170 Entscheidung für die Zukunft. DIE LINKE will sie konsequent und nachhaltig voranzutreiben.  
171 Dafür braucht es auch eine ausreichende Personalausstattung zur Unterhaltung der  
172 Technik und Medienkompetenz der Lehrer:innen und Schüler:innen.

173

174 DIE LINKE setzt sich im Land für eine Verstetigung der Schulsozialarbeit ein. Sie ist ein  
175 wichtiges Bindeglied zwischen Schule, Schüler:innen, Lehrer:innen und Eltern und schafft  
176 sichere Räume und Vertrauen vor allem für Schüler:innen. Sie ist auch ein wesentliches  
177 Mittel zur Vermeidung von Schulabbrüchen. Unser Ziel ist dabei auch, dass Kinder und  
178 Jugendliche mit und ohne Beeinträchtigungen mit- und voneinander lernen. Deshalb muss  
179 integrative Beschulung bedarfsgerecht sichergestellt und finanziert werden.

180

### 181 **DIE LINKE will mehr Gewicht für Kommunalpolitik**

182

183 Kommunale Räte erlassen keine Gesetze, sondern setzen Vorgaben der Europäischen  
184 Union, des Bundtages und der Länder um. Die Kommune ist also demokratisches  
185 Bewährungsfeld, hier zeigen sich Wirkungen, Probleme und vor allem Veränderungsbedarf.  
186 Deshalb verdient Kommunalpolitik mehr Aufmerksamkeit. DIE LINKE vernetzt  
187 Mandatsträger:innen landes- und bundesweit. Wir fordern nicht in Dauerschleife  
188 Flüchtlingsgipfel, sondern gute Bildungs- und Familienpolitik, sozial flankierten Klimaschutz  
189 und Armutsbekämpfung auf allen politischen Ebenen.

190

191 Die Kommunen in Sachsen-Anhalt sind seit Jahren chronisch unterfinanziert, damit  
192 verbunden sind Einschnitte in vielen Lebensbereichen und ein gewaltiger Investitionsstau.  
193 Die Ursachen sind vielfältig. Sie reichen von Altschulden auf Grund von Fehlinvestitionen  
194 über zu geringe Gewerbesteuern bis hin zu fehlenden Einkommens- und Umsatzsteuern,  
195 weil Sachsen-Anhalt nach wie vor ein Niedriglohnland ist. Aber die Kommunen brauchen  
196 eine ausreichende Finanzausstattung und eine Ausfinanzierung der Aufgaben, die ihnen  
197 vermehrt von Bund und Land übertragen werden. Sonst bleiben noch mehr Bibliotheken  
198 und Schwimmbäder geschlossen, können Straßen und Brücken nicht saniert werden und  
199 in der Nacht bleiben die Gemeinden dunkel.

200

201 Wir wollen Gemeinden mit solidarischem Zusammenhalt, sozialer Sicherheit und  
202 demokratischer Beteiligung aller. Damit das auf allen Ebenen möglich ist, müssen auch die  
203 Mitbestimmungsrechte der Ortschaftsräte gestärkt werden, denn sie sind für uns wichtige  
204 Akteure der Kommunalpolitik. Sie können wohnort- und bürgernah agieren. Ihre Tätigkeit  
205 muss stärker Berücksichtigung im Gemeinde- bzw. Stadtrat finden. Senioren-, Jugend- und  
206 Migrant:innen-Beiräte dürfen nicht nur Gesprächsforum sein, sondern müssen  
207 Kommunalpolitik wirklich beeinflussen können.

208

209 Unter dieser Prämisse fordert die LINKE, dass alle landespolitischen Gesetze und  
210 Entscheidungsgrundlagen auf den Prüfstand zu stellen und die demokratische  
211 Mitbestimmung der Bürger:innen und Kommunen wieder herzustellen sind.

212

213 Kommunale Themen haben direkten Einfluss auf das Leben vor Ort. So ist bei der  
214 Ausweisung von Eigenheim- und Industriesiedlungen zu prüfen, ob es eine ausreichende  
215 Anbindung an den ÖPNV und ein Radwegkonzept gibt, und ob Schule, Kitas, Arztpraxen  
216 geplant sind. All das muss von den kommunalen Mandatsträger:innen langfristig bedacht  
217 und entschieden werden.

218

219

220 **Wir leben in einer Zeit voller Umbrüche. Vieles wird sich in den nächsten Jahren**  
221 **ändern, und DIE LINKE will, dass dabei die Richtung stimmt: Für sichere und belebte**  
222 **Innenstädte und Dörfer, für bezahlbares Wohnen und Arbeiten in der Stadt und auf**  
223 **dem Land. Für mehr Natur- und Hitzeschutz und weniger Versiegelung natürlicher**  
224 **Flächen. Für Kommunen als guter Lebensort und guter Arbeitgeber mit ausreichend**  
225 **Fachkräften in der Betreuung, Pflege und Gesundheitsversorgung.**

226